

# Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 36

Berlin, den 5. September 1931

2. Jahrgang

## Das Reich muß zugunsten der Gemeinden eingreifen!

**I**n Deutschland hat die Krise in den letzten Wochen, beginnend mit dem Zusammenbruch der Danabank, eine akute Zuspitzung erfahren, die uns unmittelbar in einen Zusammenbruch zu führen drohte. Diese akute Krise ist überwunden. Der Banken- und Sparkassenverkehr ist ohne jegliche Störungen in Gang gekommen. Auch die akute Gefahr, die von der Devisenseite her drohte, ist vorläufig behoben. Die Stillhaltungsverhandlungen in Basel haben zu dem Erfolge geführt, daß wenigstens für sechs Monate keine weiteren kurzfristigen Kredite aus Deutschland abgezogen werden. Schließlich hat auch der günstige Ausgang des Dolksentscheids die Situation materiell und psychologisch entspannt.

Zum Optimismus besteht indessen ganz und gar kein Anlaß. Die akute Geld- und Zahlungskrise ist zwar überwunden, die Schwierigkeiten als solche haben sich aber dadurch keineswegs verringert. Im Gegenteil: sie sind vergrößert worden um die Opfer, mit denen die Ueberwindung der Krise gekauft werden mußte.

Die notwendig gewordene Kreditverteuerung wird auf die schon schwer gedrosselte Produktion und Beschäftigung einen weiteren starken Druck ausüben. Schon spricht der Reichskanzler Brüning von der Wahrscheinlichkeit, daß der kommende Winter sieben Millionen Arbeitslose sehen wird. Der schwerste Passivposten ist weiter die würgende Kreditnot. Auf die Dauer kann nur die Konsolidierung der kurzfristigen Kredite die Gefahren bannen, die immer wieder von diesen Krediten ausgehen. Die für diese

Konsolidierung unentbehrlichen langfristigen Auslandskredite sind aber heute und morgen nicht zu erwarten, wenn auch feststeht, daß diese Hilfe unentbehrlich ist. Die Baseler Gutachter-Konferenz hat das jetzt mit erfreulicher Eindeutigkeit bestätigt.

Die schwerste Gefahr für das ganze Reich und die ganze Wirtschaft geht gegenwärtig von der ungeheuren Notlage der deutschen Kommunen aus. Diese Kommunalnot droht zu einer katastrophalen Erschütterung des ganzen Wirtschaftsgebäudes zu führen. Die an sich gesunden Gemeindeeats werden durch die Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen, den Druck der kurzfristigen Schulden, die Abschnürung vom Kommunalkreditsystem einfach über den Haufen geworfen. Die Kosten der Gemeinden für die Erwerbslosenlasten stiegen von 270 Millionen im Jahre 1929 auf 1040 Millionen im Jahre 1931. Der Deutsche Städtetag beziffert den Fehlbetrag, der auf den Mehraufwand für die gemeindliche Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zurückzuführen ist, auf 800 Millionen Mark. Diese verzweifelte Situation hat den Deutschen Städtetag veranlaßt, dem Reichskanzler ein sogenanntes Sanierungsprogramm vorzulegen, das nicht mehr Ausgabenkürzungen vorsieht, sondern eine gewaltige Abbaulebensnotwendigster Aufgaben befallen Zweigen der Stadtverwaltung ist eine erhebliche Verminderung der öffentlichen Aufträge auf dem Gebiete des Bauwesens, das heute eines der bedeutsamsten und wichtigsten

## Drei Monate Straßenbau

Aus dem Leben eines Arbeiterstudenten.

**W**enn man gerade seine Gebühren für das begonnene Semester bezahlt hat, bewegt einen schon die bange Frage, wonon bezahlst du sie das nächstemal? Wird man Arbeit finden, bezahlte Arbeit, die es einem ermöglicht, wieder ein Semester durchzuhalten? Mit Sorgen klebt man niederschmetternde Berichte über die traurige Lage am Arbeitsmarkt, man gedenkt aller früheren, nutzlosen Laufereien und Enttäuschungen, und böse Zweifel beschleichen das bekümmerte Herz. Trotz allem entwirft man wieder seinen Schlachtplan. Mit den Gesuchen und Briefen wächst die Hoffnung, mit den Absagen sinkt sie wieder, wie ein gut funktionierendes Barometer. Wochen vergehen, die Ferien nähern sich, man wird immer sorgenvoller und nervöser, es ist ein aufreibendes Warten. Ja, wenn man Verbindungen hätte! Aber so heißt es immer nur, gut deutsch ausgedrückt: „Mangels an Vakanz“ oder „Laut Befehl unserer Direktion... Werkstudenten nicht mehr eingestellt.“

Endlich, nachdem man 20 Gesuche geschrieben und 12 Besuche gemacht hat, als man sich schon fast in die Notwendigkeit gefügt hat, ein Semester aussetzen zu müssen, kommt eine erlösende Zusage. Wie einen lästigen Mantel schüttelt man die bange Sorge und würgende Angst von sich. Und, seltenes Glück, am nächsten Tage trifft noch eine Zusage ein: Hilfsarbeiter im Straßenbau!

Was nun? Es ist keine leichte Wahl. Immer wieder wägt man das eine gegen das andere ab. Hier 0,68 Mk. pro Stunde nach allen Abzügen, saubere, leichte Arbeit unter qualifizierten Arbeitern in einem großen Werk, Möglichkeit noch allerlei zu lernen; dort 0,92 Mk., aber schwere, äußerst dreckige, eintönige Arbeit. Nach einem kurzen Uebersicht der Finanzen fällt die Entscheidung leicht. Ich melde mich als Straßenbauarbeiter. Auf dem Rückwege bedrängen mich allerlei Gedanken. In allen möglichen Berufen habe ich mich ja schon herumgetrieben: als Kellner, als Provisionsvertreter, als Versicherungsakquisiteur, als Werkstattschreiber, habe zwei Monate lang bei einer großen Inventur täglich acht Stunden lang Lagerkarten nachgerechnet und abgeschlossen; aber Straßenbauarbeiter, das ist etwas Neues! Werde ich der Arbeit gewachsen sein, werde ich es überhaupt aushalten? Ich denke an das kommende Semester, das auch noch viel Kraft erfordert, und werde etwas besorgt.

In dieser Stimmung verstreichen die Tage. Dann, noch bevor andere sorglose Kommilitonen die bunte Mühe beiseite legen, sage ich den Büchern „Lebewohl“, suche meine älteste Kluft aus und öle eine Stunde lang die alten Kommissstiefel meines Vaters. Am anderen Morgen bin ich pünktlich um 7 Uhr in dem Turm der alten Stadtmauer, der von nun an der ruhende Punkt in meiner Arbeit ist.

Am ersten Tage werde ich mit einem älteren Kollegen, der ein bewegtes, arbeits- und stempelreiches Leben hinter sich hat, auf eine der Umwallungsstraßen geschickt, um die Gasse zu reinigen.

Gebiete unserer Gesamtwirtschaft überhaupt ist, vorgeesehen. Die geplanten Abbaumaßnahmen im Schul- und Bildungswesen gefährden einen ordnungsgemäßen Unterricht der heranwachsenden Jugend. Die vorgeesehenen Einschränkungen in der Wohlfahrtspflege bedeuten neue Verelendung für Hunderttausende, denen die Unterstützung schon gegenwärtig nur notdürftig die Existenz ermöglicht.

Gehen schon die im Sanierungsprogramm des Deutschen Städtetages geplanten Abbaumaßnahmen weit über das Erträgliche hinaus, so genügt das erwartete finanzielle Ergebnis von etwa 250 bis 300 Millionen Mark doch keineswegs, um den Fehlbetrag auch nur annähernd auszugleichen.

Dieser Zustand ist unhaltbar. Das Sanierungsprogramm des Deutschen Städtetages ist ein Alarmsignal, das das Reich zu sofortigen Hilfsmaßnahmen zwingt. Die Durchführung des Abbaus in dem beabsichtigten Umfang führt das ganze Reich und die ganze Wirtschaft an den Abgrund. Es ist einfach unerträglich, die Gemeinden, die schon oft genug die Prügelknaben waren, verjucken zu lassen. Das Reich darf nicht zulassen, daß die Kommunen aus Furcht vor dem Tode Selbstmord begehen. Kommunalnot ist Reichsnot. Kommunalnot ist Not der Gesamtwirtschaft. Das Reich ist verpflichtet, dem Abbau bei den Gemeinden Einhalt zu gebieten!

Was muß das Reich tun? Vordringlich ist vor allem die Neuregelung der Kosten für die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Es ist einfach unhaltbar, die wachsenden Kosten der Arbeitslosigkeit ganz und gar auf die Kommunen abzuschieben.

Weiterhin ist eine zentrale Aktion des Reiches für die Stillhaltung der Banken gegenüber den schwebenden Gemeindefschulden durchzuführen.

Darüber hinaus bedürfen aber die Kommunen sofort einer Reichshilfe, um in der Uebergangszeit die erforderlichen Kassenmittel zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit zur Verfügung zu haben. Die durch die Notverordnung erfolgte Abschneidung der Kommunen von den öffentlichen Banken muß sofort beseitigt werden. Es ist ein unerhörter Zustand, daß man den Gemeinden die Möglichkeit der Beschaffung regelmäßiger Ueberbrückungskredite nimmt, die bei der zeitlichen Verschiedenheit zwischen Aufgabenleistung und Steuerzugang eine unbedingte Notwendigkeit sind.

Wenn diese Hilfsmaßnahmen des Reiches durchgeführt werden, bleibt den Gemeinden noch ein ungeheures Defizit,

das sie zu rigorosen Einschränkungen zwingt. Durch die Inangriffnahme eines aufbauenden und produktiven Finanz- und Wirtschaftsprogramms muß die Reichsregierung bemüht sein, den Abbaumaßnahmen bei den Kommunen Einhalt zu gebieten. Ausgabenabbau, Personalabbau usw. führt nicht zur Sanierung, sondern zur Verschärfung der Lage. Es gibt andere Wege der Ausgabenlenkung, die wirklich eine Sanierung versprechen. Diese Wege sind vor allem in dem Abbau der übersteigerten Agrar- und Zollpolitik gegeben, in durchgreifenden Maßnahmen gegenüber der Preispolitik der Kartelle, in einer zielbewußten Notenbankpolitik und in einer großzügigen internationalen Verständigungsarbeit. Es darf keine Zeit verloren werden.

Dr. Walter Pahl.

## GAS • WASSER • ELEKTRIZITÄT

Der Kleinverbraucher in der Elektrizitätswirtschaft. Langsam erobert sich die Elektrizität auch die Haushaltungen. Infolge ihrer natürlichen Verbrauchsziffern sind die Haushaltungen viel weniger den Schwankungen der Konjunktur unterworfen als der Industrie- und Stromverbrauch. Trotz des Wachstums der privaten Anschlüsse ist der Stromverbrauch noch sehr gering. In den Vereinigten Staaten werden etwa 13 Proz. der Stromabgabe von den Haushaltsverbrauchern aufgenommen. In Groß-London sind die Haushaltungen am Stromverbrauch mit 40 Proz. beteiligt. In Deutschland entfielen 1924 64 Proz. auf den industriellen, 20 Proz. auf den städtischen Kleinverbraucher, 5 Proz. auf die Landwirtschaft, 1 Proz. auf die öffentliche Beleuchtung und 10 Proz. auf die elektrischen Bahnen. In den Vereinigten Staaten waren Ende 1929 rund 70 Proz. aller vorhandenen Haushaltungen in Stadt und Land an elektrische Netze angeschlossen. Im Versorgungsgebiet der öffentlichen Elektrizitätsunternehmen Deutschlands befinden sich 12,44 Millionen Haushaltungen. Von diesen waren 1929 9,06 Millionen oder 73 Proz. an elektrische Leitungen angeschlossen. Es gibt in Deutschland Versorgungsgebiete, in denen schon fast 100 Proz. aller Haushaltungen elektrifiziert sind. An der Spitze stehen die Städte Stuttgart und Kößchenbroda mit 100 Proz. Von den Großstädten am niedrigsten steht Breslau mit 32 Proz. In Berlin sind 58 Proz. der Haushaltungen elektrifiziert. In anderen Ländern ist der Stromverbrauch noch höher. In Norwegen, Schweden und Dänemark beträgt der Anteil der elektrifizierten Haushaltungen 90 bis 100 Proz. Der Stromverbrauch in den Haushaltungen ist noch verhältnismäßig gering. Ein Strompreis von 10 Pf. je Kilowattstunde würde den Verbrauch an Strom sehr wesentlich verstärken.

Es ist ein komisches Gefühl, mit dem Schubkärrchen durch die Straßen zu ziehen. Ich meine, alle Leute müßten mich angucken. Ich bemühe mich, so geschickt als möglich mit dem mir ungewohnten Werkzeug wie Schippe und Haue umzugehen. Nun bin ich in manuellen Tätigkeiten durchaus nicht ungeschickt, aber eine Schippe richtig anfassen und rationell mit ihr arbeiten, das habe ich erst nach drei Wochen herausgehakt und bei der Haue noch später. Es ist eben nicht damit getan, daß man seine mehr oder minder zarten Patschhändchen auf den Stiel legt.

In den ersten Tagen gleich erfuhr ich wieder am eigenen Leibe, wie man heute noch in weiten Kreisen über den Arbeiter denkt und als was man ihn ansieht. So fragte ich am ersten Tage einen besser gekleideten Herrn nach der Zeit. Aber es muß ihm wohl peinlich gewesen sein, von einem Arbeiter, der die Gasse reinigt, angerebet zu werden; so ging er denn, ohne eine Miene zu verziehen, stolz wie ein Spanier weiter.

Wenige Tage darauf ein Erlebnis, das man fast für nicht möglich halten sollte, das aber doch einen Einblick darin gibt, in welchem Sinne in gewissen Kreisen die Kinder erzogen werden. Ich hing also abends todmüde auf meinem Rad und fuhr nach Hause. Unterwegs kam ich an einem Auto vorbei, raffige Limousine, in dem zwei Jungen von ungefähr sechs Jahren saßen. Plötzlich sah mich der eine vorbeifahren, steckte den Kopf zum Fenster raus und spuckte mich an!

Am ersten Freitag schleppten mich die Kollegen mit in ihre Stammkneipe. Ich hielt mich für verpflichtet, nun meinen „Eindruck“ zu geben. Aber energisches Abwehren. Die Leute wußten,

daß ich mich schwer durchschlagen muß, und da hat auch der Verlosseste, so schwer es ihm wurde, doch gerne verzichtet.

Bald fing dann das Teeren an. Die Arbeit war schwer, und hier zeigte sich, wie wenig ich konnte. Die Kollegen hatten zuerst ihre Last mit mir!

Wie schwer die Arbeit war für einen, der es nicht gewohnt ist, zeigt folgende kleine Betrachtung. Wir leerten am arbeitsreichsten Tag sieben Teermaschinen. Jede Maschine enthält 35 Kannen. Also trug ich an jenem Tage rund 250 Kannen, jede 10 Liter Teer von 180 Grad (bei der Bombenhitze damals) fassend. Jede Kanne aber mußte ungefähr 12 Meter weit getragen werden. Hinzu kommt, daß beim Teeren immer Ueberstunden gemacht werden müssen, so daß man unter Umständen zehn bis elf Stunden lang so hübsch angestrengt arbeitete.

Während dieser Zeit ging ich morgens um 7 Uhr aus dem Hause und kam abends meist um dieselbe Zeit wieder. Dann schlang man etwas Essen hinunter, warf einen Blick in die Zeitung und fiel nur so ins Bett. Während solcher Zeiten vegetiert der Arbeiter eben nur noch. Trotzdem ist das Teeren beliebt, denn es gibt auch 20 Proz. Schmutzulage und die Ueberstunden fallen auch ins Gewicht. Die Schmutzulage ist auch wohl verdient, denn man sieht — besonders wenn eine Maschine mal übergekocht ist — unglaublich dreckig aus.

Mehrere Male teerten wir unmittelbar vor der Universität. Das war für mich natürlich oft peinlich. Die Kollegen hatten dafür kein Verständnis. Sie betrachteten mich eben ganz als zu ihnen

## 1. Geschäftsbericht der Dresdener Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerke A.-G.

Am 20. Januar 1930 beschloß das Dresdener Stadtratskollegium auf Antrag des Rates, die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke (sowie die Straßenbahnen) mit Wirkung vom 1. Januar 1930 in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Wir haben zu dieser Umwandlung seinerzeit ausführlich Stellung genommen. Jetzt liegt der Bericht über das erste Geschäftsjahr vor. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 70 Millionen Mark. Von dem im vergangenen Jahre erzielten Reingewinn in Höhe von 5 228 550 Mk. werden 1 450 000 Mk. dem Reservefonds zugewiesen und 28 550 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. Als Dividende werden 2 750 000 Mk. verteilt und der Stadtgemeinde Dresden überwiesen, die das gesamte Aktienkapital besitzt. Die Dividende beträgt 7½ Proz. von einem Aktienkapital von 50 Millionen Mark für die Gas- und Elektrizitätswerke; die restlichen 20 Millionen Mark stellen das Aktienkapital der Wasserwerke dar, die dividendenlos bleiben, weil die Wasserversorgung gemeinnützig betrieben wird. Der jetzt bei den Wasserwerken erzielte Ueberschuß von 187 000 Mk. bildet eine Sonderrücklage für den künftigen Ausbau der Wasserversorgungsanlagen. Die Bilanz zum 31. Dezember 1930 schließt mit 179 398 605,73 Mk. ab. Die Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Heizwerkanlagen stehen mit insgesamt 157 510 464,45 Mk. zu Buch.

Unter den wirtschaftlichen Verhältnissen hatten wie anderorts auch die Dresdener Werke zu leiden. Die Gas- und Elektrizitätswerke gegenüber dem Vorjahre von rund 83 Millionen Kubikmeter auf 79,8 Millionen. Derkauf wurden an Gas insgesamt im Jahre 1929 75,9 Millionen, im Jahre 1930 73,7 Millionen Kubikmeter. Das Verteilungsleitungsnetz weist eine Gesamtausdehnung von 1182 Kilometer auf. Die Gesamtzahl der aufgestellten Gasmesseranlagen beträgt zurzeit 188 290, von denen bisher rund 19 700 durch Münzgasmesser ersetzt worden sind. Die Wasserförderung betrug 33,4 Millionen, die Wasserabgabe 33,3 Millionen Kubikmeter. Der höchste Tagesverbrauch stellte sich auf 138 800 Kubikmeter, der durchschnittliche auf 91 196 Kubikmeter und der niedrigste auf 60 724 Kubikmeter. Die entsprechenden Verbrauchszahlen pro Tag und Kopf der Bevölkerung sind 222,54, 146,21 und 97,36 Liter.

Während die Gas- und Wasserwerke einen Abwärtsrückgang zu verzeichnen hatten, erreichten die Elektrizitätswerke gegenüber dem Jahre 1929 eine kleine Steigerung. Es wurden 1929 142 385 265 und 1930 142 607 033 Kilowattstunden verkauft. Im Werkkraftwerk wurden 72 290 000 Kilowattstunden erzeugt, der Strombezug betrug 98 681 660 Kilowattstunden. Die gesamte aufzubringende Energie betrug demnach 170 971 660 Kilowattstunden gegenüber 168 243 219 Kilowattstunden im Vorjahre. Die Beteiligung an der Energieversorgung Groß-Dresdens Aktiengesellschaft und damit an der Errichtung des Pumpspeicherverkes Niederwartha erschloß den Elektrizitätswerken eine neue Bezugsquelle, die vorwiegend die Spitzenbelastung zu decken hat. Die mit der Anlage bisher gemachten Erfahrungen sind gut und ent-

sprechen vollauf den Erwartungen. Der Anschlußwert der Abnehmer stieg von 147 339 auf 163 943 Kilowatt. Das Kabelnetz hatte eine Ausdehnung von 1943 Kilometer. Im Heißwasserbereich wuchs der Anschlußwert um 40 Proz., von 15 auf 21,4 Millionen Kalorien pro Stunde, wogegen der Wert des in diesem Netz investierten Anlagekapitals nur um 3,5 Proz. stieg. Die gesamte Wärmeabgabe im Heißnetz stieg um 5574 Millionen Kalorien auf insgesamt 46 660 Millionen Kalorien. Die Steigerung erstreckte sich nur auf das Heißwasseretz, dessen Wärmeabgabe von 10 321 auf 19 014 Millionen Kalorien (85 Proz.) zunahm. Die Abgabe im Dampfnetz erlitt eine Verminderung um 10 Proz. Nach einjähriger Betriebszeit des Heizwerkes Johannstadt ist zu berichten, daß sich die Anlage in allen ihren Teilen als betriebssicher und gut arbeitend bewährt hat. Es wurden im Jahre 1930 insgesamt 43 914 Tonnen Dampf erzeugt und an die Abnehmer 19 297 Millionen Kalorien Wärme nutzbar abgegeben.

Der Personalbestand verminderte sich vom 31. Dezember 1929 bis 31. Dezember 1930 um 161 Saison- (vorübergehend beschäftigte Arbeiter) und 85 ständige, dem Reichsmantelvertrag für Gemeindegewerkschaften unterstehende Arbeiter, um 29 Angestellte und 15 Beamte, insgesamt also um 290 Personen. Es fand also im ersten Geschäftsjahr der neuen Gesellschaft ein nicht unerheblicher Personalabbau statt. Am Ende des Geschäftsjahres waren 2115 Arbeiter, 564 Angestellte und 409 Beamte beschäftigt. Der Lohnaufwand betrug im Berichtsjahr 6 286 157 Mk., der Gehaltsaufwand für Beamte und Angestellte 3 973 318 Mk.

Erfreulich ist, daß eine wesentliche Herabsetzung der Unfallhäufigkeit erreicht werden konnte. Der Rückgang der Unfallziffer betrug 39 Proz. Das günstige Bild wird allerdings beeinträchtigt durch zwei tödliche Unfälle, die sich im vergangenen Jahre ereigneten.

K. H.

## RUNDSCHAU

Hilfe für die sächsischen Gemeinden. Die durch die Wohlfahrts-erwerbslosigkeit besonders stark belasteten sächsischen Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten jetzt eine Staats- und Reichshilfe. Für die Monate Juli 1931 bis März 1932 werden ihnen vom Staat 13 Millionen aus dem Ausgleichsstock für Wohlfahrtslasten und 4,5 Millionen als die Hälfte der Besoldungserparnisse des Staates überwiesen. Aus Reichsmitteln sollen diejenigen sächsischen Bezirksfürsorgeverbände, in denen die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen Ende März höher war als 75 Proz. des Reichsdurchschnitts, vom Reich den Betrag von zusammen rund 10 Millionen Mark erhalten. Die sächsische Regierung hat ferner beschlossen, auch die zweite Hälfte der Besoldungserparnisse des Staates den Gemeinden zu geben, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich die Mittel kassenmäßig beschaffen lassen.

gehört und kamen deshalb gar nicht auf den Gedanken, daß ich von anderen ob dieser Arbeit scheel angesehen werden könnte. Wir vergnügten uns immer köstlich, wenn verschiedene Kommilitonen mich wie ein Wundertier anstarrten und glaubten, einen Doppelgänger von mir entdeckt zu haben.

Sangsam ging die Teerzeit zu Ende und wir kamen ans Planieren oder Regulieren. Darunter versteht man das Neuebnen ungepflasterter Straßen und Plätze, eine Arbeit, bei der die Schippe das Hauptwerkzeug ist. Glatteis für Neulinge! Wir hatten gerade angefangen, da kam auch schon der erste: „Sag, biste stark?“ „Hau, und wie!“ „Kannste mich mit da Schöpp ophewe?“ „Enä, dobi jingk doch da Still kapott!“ „En dau dat kann mer, ich kann et, stell dich ens drop!“ Treuherzig tat ich das auch. „Ei—nen Rrrr—uck“. Mit affenartiger Geschwindigkeit zog er das Schippenblatt unter meinen Füßen weg und schon lag ich da.

Na, ich war im Bilde. Nach einiger Zeit schon kam der nächste: „Sag, biste stark?“ „Hau, und wie!“ „Kannste mich mit da Schöpp ophewe?“ „Enä, dat han ich irad noch nit jemaht, ävver ich muß et ens versöcke — Ei—nen Rrrr—uck!“ Diesmal lag ein anderer mit verdüstertem Gesicht am Boden.

Daß man auch Unheil anrichten kann, zeigt folgendes Beispiel. Eines Morgens spritzten wir (eine beim Planieren höchst wichtige Angelegenheit) ein neues Stück. Einer hält vorne den Schlauch und spritzt, und ich drehe den Hydranten auf und kuppel den Schlauch ab, wenn Fuhrwerke kommen. Ich passe nicht recht auf und drehe einmal zu früh auf, und unglücklicherweise muß gerade eine alte Tante vorbeikommen, der der eiskalte, armbreite Strahl

genau am Hals ins Kleid hineinzischt. Der Schreck fuhr mir in alle Glieder, und doch konnte keiner das Lachen richtig verknäueln. Das tagelange Bangen ob einer Beschwerde war zum Glück überflüssig. Es kam keine.

Als sich meine Ferienzeit dem Ende näherte, kamen Regentage. Bis dahin hatte ich Glück gehabt, aber nun ging es los. Morgens wenn ich fortging, waren Kleider und Schuhe noch klatschnaß vom Vortage. Etwas Widerliches, in das nasse Zeug zu kriechen. Dazu eine scheußliche Arbeit, die manchmal ekelhaft stinkende, versandete Gasse auf einer der Umwallungsstraßen wieder frei zu machen. Stellenweise mußte man jeden Zentimeter mühsam mit der Haue erkämpfen. Bei jedem Bücken und Zuschlagen lief einem dann das Bächlein hinten im Nacken wieder etwas tiefer runter. War man mal auf Stunden trocken geworden, so ging es bestimmt kurz vor Feierabend um so heftiger los. Diese sieben Regentage ließen mich den Mut ganz verlieren. Am liebsten hätte ich aufgehört.

Der Winter nahte schließlich und mit ihm das Ende unserer Arbeitszeit. Gemeinsam wurden wir Hilfsarbeiter entlassen. Zusammen gingen wir. Zwei dem Elend entgegen, ich in dem frohen Bewußtsein, wieder ein Semester geschafft zu haben und mir neue Kraft aus meiner Klasse geholt zu haben für unseren Vorposten an der Hochschule im Kampf um den Sozialismus. Leise aber sagte mir am Herzen die Sorge um all die vielen anderen Semester und das Geld, das sie kosten würden.

Hans Huma im „Vorwärts“.

# GARTNEREI · PARK · FRIEDHOF

## Eine notwendige Tarifbestimmung

Außerordentlich aufmerksam werden von den Verbänden unserer Arbeitgeber solche Entscheidungen der Arbeitsgerichte aller Instanzen beobachtet, die irgendwie sich zuungunsten der Arbeitnehmer ausmünzen lassen. Aber mit fast kriminalistischem Scharfblick werden Entscheidungen über Lehrlingsfragen verfolgt und im Arbeitgeberinteresse auszulegen versucht, wobei man nicht davor zurückschreckt, den Entscheidungsgründen Motive unterzulegen, die mit dem Streit gar nichts zu tun hatten.

Solche Bemühungen sind seit einiger Zeit bei der Auslegung eines Urteils des Reichsarbeitsgerichts zu beobachten, das die Frage, ob eine mit „Kostgeld“ bezeichnete tariflich vereinbarte Entlohnung der Lehrlinge Arbeitslohn darstelle, bejahte. Da der betr. Tarifvertrag keine besonderen, den Berufsschulbesuch bezüglichen Bestimmungen enthielt, so folgerte das RAG, es könnte für die verhältnismäßig erhebliche Zeit der durch den Schulbesuch nicht geleisteten Arbeit der Lehrlinge eine Vergütung (Lohn) für sie nicht verlangt werden.

Es kann zunächst dahingestellt bleiben, ob dieses Urteil richtig ist und alle dabei zu beachtenden Momente gerecht gewürdigt worden sind. Zunächst soll gezeigt werden, wie es unsere Arbeitgeber auslegen. — Der Landesverband Schleswig-Holstein im R. d. d. G. erließ folgende Bekanntmachung: „Nach mehreren Oberlandesgerichtsentscheidungen (?) gehört der Berufsschulbesuch nicht zur Arbeitszeit. Die jugendlichen Arbeitnehmer können infolgedessen verpflichtet werden, die durch den Berufsschulbesuch ausfallenden Arbeitsstunden nachzuarbeiten. Nach Erkundigungen bei der Hauptgeschäftsstelle trifft dieses auch für unseren Beruf zu.“

Es sei auch hier verzichtet auf die Nachprüfung der Behauptung bezüglich der „mehreren Oberlandesgerichtsentscheidungen“, da schon ein oberflächlicher Vergleich der anderen Behauptungen mit der eingangs erwähnten Entscheidung der in Arbeitsrechtsfragen höchsten Instanz eine völlig falsche Auslegung erkennen läßt. Das Reichsarbeitsgericht sagt: Für die durch den Schulbesuch veräumte Arbeitszeit kann keine Entschädigung verlangt werden! — Unsere Gartenbauern kehren die Dinge wie üblich um und behaupten: Die veräumte Arbeitszeit muß nachgearbeitet werden!

Mit dieser falschen Behauptung des Arbeitgeberverbandes werden zunächst mal die Mitglieder zur Uebertretung der Arbeitszeitverordnung verleitet, denn an keiner Stelle der Arbeitszeitverordnung ist eine solche Nacharbeit zugelassen. — Weiter bedeutet eine derartige Nacharbeit eine Verletzung der Bestimmungen über den Schutz der Jugendlichen.

Die Ausbildung der Lehrlinge erfolgt nicht für den einzelnen Lehrlingshalter, sondern für den ganzen Beruf. Der theoretische Unterricht in der Berufsschule ist ein sehr wesentlicher, wichtiger und unbedingt notwendiger Teil ihrer Ausbildung und darum leisten die Lehrlinge mit dem Besuch der Berufsschule Arbeit für den Beruf, die bei dem in unserm Beruf allgemein sehr tiefen Niveau der Lehrlingshalter auch einen meist sehr erheblichen Nutzen für diese bedeutet. Außer dieser Arbeit in der Berufsschule noch über das reichliche Maß der Arbeitszeit der gärtnerischen Arbeitnehmer hinaus eine Ueberarbeit von den Lehrlingen zu verlangen, kommt einem unerhörten Raubbau an jugendlicher Arbeitskraft gleich. Zu solchen unerschämten Forderungen sind nur systematisch verheßte Gartenbauern fähig.

Eine andere Auslegung versucht ein Dresdener Blumengeschäftsinhaber, der für die paar Stunden Berufsschulunterricht 3 Mk. je Woche von dem Lohn des Lehrlings in Abzug brachte mit der Begründung, das sei berufssüblich. — Gegenüber dieser faulen Ausrede ist zu verweisen auf den seit 12 Jahren bestehenden Reichstarifvertrag für Blumengeschäfte, in dem alles Berufssübliche unabdingbar niedergelegt ist. Auch der Lohn der Lehrlinge. Bei dessen Festsetzung ist in stundenlangen Verhandlungen auch der Umstand, daß durch den Berufsschulbesuch des Lehrlings dem Arbeitgeber Arbeitszeitverluste entstehen, noch jedesmal eingewendet und in den Lohnbeträgen berücksichtigt worden. Darum sind nachträgliche Abzüge völlig unberechtigt.

Diese Tatsache ist aber vom Reichsarbeitsgericht in dem erwähnten Urteil völlig unbeachtet geblieben und ist es darum ein Fehlurteil.

Es ist nun die Frage zu stellen: Wie schützen wir unsere Lehrlinge vor den falschen Auslegungen eines auf falschen Voraussetzungen ergangenen Urteils? Darauf gibt es nur die eine Antwort: Durch eine klare Ergänzung der diesbezüglichen Tarifvertragsbestimmungen, die feststellt, daß die Lohnsätze der Lehrlinge bemessen worden sind unter Berücksichtigung des Berufsschulunterrichts.

## Gartenarchitekt, Gärtnerlehrling und Berufsschule — wie reimt sich das zusammen?

Recht sonderbare Auffassungen über Lehrlingsausbildung und das gärtnerische Berufsschulwesen bekundete auf der Tagung des Fachausschusses der „Gartenausführenden“ im RdbG. Herr Kruepper, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundes deutscher Gartenarchitekten. Nach einer nicht unberechtigten Kritik der von der Landwirtschaftskammer „anerkannten“ Lehrbetriebe erklärte er: Es sei schwer, in einem wirklich guten Betrieb Lehrlinge unterzubringen (?), denn die „Fülle von Schulgesetzen, Schutzgesetzen und Prüfungsbedingungen“ seien für einen „flott arbeitenden Betrieb untragbar“. Herr Kruepper sieht also auch im Lehrling nur die billige Arbeitskraft! Wir haben ihn bisher höher eingeschätzt. Er fordert, die Verbände müßten die Lehrlingsprüfung in die Hand nehmen und behördliche Einmischung grundsätzlich ablehnen. Dabei würde was schönes herauskommen! —

Noch größeres Aufsehen dürfte Herr K. erregen durch seine Behauptung: „Auf unseren Fortbildungs- und Fachschulen unterrichten nicht etwa die tüchtigsten Praktiker unseres Fachs, sondern voll als Lehrer beschäftigte, akademisch gebildete Gewerbelehrer, die außerhalb praktischer Betätigung stehen, bestenfalls einseitig geschulte Beamte, meist niedrigen Grades.“ — Mit dieser Beurteilung der Tätigkeit und Leistungen der gärtnerischen Berufsschulen beweist Herr K., daß er sich bisher um diese selbst noch nie gekümmert hat. Und wenn seine Eingabe an das „Fortbildungsschulamt“ der Stadt Berlin in demselben Geiste verfaßt ist, dann müssen wir auch schon sagen: Keine Antwort ist hier die beste und richtigste Antwort. Hätte Herr K. einiges Verständnis und Interesse für die Aufgaben der Berufsschule, die unbedingt erforderliche pädagogische Befähigung und auch das Bewußtsein, der berufene „tüchtigste Praktiker“ zu sein, dann hätte er seit langen Jahren schon die Möglichkeit gehabt, an der Berliner Berufsschule für Gärtner, die den Ruf genießt, zu den besten in Deutschland zu gehören, als Lehrer mitzuwirken. Da er sich aber offenbar selbst nicht für den Berufenden hält, so ist er zweifellos auch nicht zur Kritik, jedenfalls nicht zu dieser Kritik berechtigt.

Was Herr K. noch zur Obergärtnerprüfung sagte, ist zwar nicht erschütternd, sei aber zur Abrundung des Charakterbildes auch noch zitiert: „Auch die Obergärtnerprüfung ist glücklich in den Händen der Landwirtschaftskammer; sie wird aber praktisch unbedeutend sein, denn wir werden es uns nicht nehmen lassen, selbst den Gärtner zu bestimmen, der unser Obergärtner sein soll.“ — Das Wort mag so mancher auf den „geprüften“ Titel so stolze Kollege sich merken! Die Fachschule und die Lehrer sind gar nichts wert, Lehrlinge von den „Freischaffenden“ sehr begehrt, Doch nur ein „Architekt“ ist tüchtig und gelehrt. — So reimt sich das zusammen!

## FRIEDHÖFE

Eine verpuffte „Kundgebung“. Der Fachausschuß der Friedhofsgärtner im Reichsverband des deutschen Gartenbaues tagte am 9. August in Breslau. Die jämmerlich schlecht besuchte Tagung war verbunden mit der üblichen Kundgebung gegen die „Öffentliche Hand“. Anwesend waren hauptsächlich Vertreter der Behörden und Gartenbaubeamten. Gewerbliche Friedhofsgärtner waren nur etwa 20 vertreten. Neues wurde nicht vorgebracht. Man kläffte nicht nur gegen die städtischen, sondern auch gegen die kirchlichen Friedhöfe und gegen den Straßenhandel mit Kränzen, verlangte also wieder einmal das Friedhofsmonopol für die Erwerbsgärtnererei.